

Niederschrift

über die Sitzung am Mittwoch, 18.03.2009
im Interkommunaler Bauhof des Kreises Borken
und der Stadt Gescher, Schlatt 23, 46342 Velen

Anwesend:

Vorsitz:

Hermann Horstick Gescher

Mitglieder:

Gertrud Söbbing-Krumkamp	Ahaus	bis 19.17 Uhr (TOP 4)
Markus Schulte	Gronau	bis 19.17 Uhr (TOP 4)
Hartmut Ahold	Bocholt	
Paul Lensing	Borken	bis 19.18 Uhr (TOP 4)
Josef Osterhues	Ahaus	
Gerhard Temminghoff	Vreden	
Hubert Bestert	Südlohn	
Wolfgang Kramer	Gescher	
Winfried Semmelmann	Borken	bis 19.18 Uhr (TOP 4)
Elisabeth Lindenhahn	Raesfeld	
Dietmar Eisele	Ahaus	bis 19.17 Uhr (TOP 4)
Karlheinz Busen	Gronau	bis 18.56 Uhr (TOP 4)
Klaus Meyermann	Bocholt	Vertretung für Herrn Weikamp; bis 19.56 Uhr (TOP 6)
Ludger Twents	Rhede	Vertretung für Herrn Lütkenhorst; bis 19.56 Uhr (TOP 6)
Ursula Zurhausen	Borken	Vertretung für Herrn Jasper

Es fehlt:

Bernd Schlipsing Vreden

Vertreter/innen der Verwaltung:

Hubert Grothues	
Dr. Hermann Paßlick	
Richard Riedel	bis 18.36 Uhr (TOP 3)
Peter Sonntag	
Karl-Peter Theis	bis 18.36 Uhr (TOP 3)
Sandra Bußmeier	
Karl-Heinz Schäpers	
Olaf Sobek	

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzender Horstick eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

A. Öffentlicher Teil

Punkt 1: Besichtigung des Interkommunalen Bauhofes des Kreises Borken und der Stadt Gescher in Nordvelen

Nach einer kurzen Einführung durch Herrn Grothues, der an die Beweggründe für die interkommunale Zusammenarbeit des Kreises Borken und der Stadt Gescher in dem neuen gemeinsamen Bauhof erinnert und einerseits die wirtschaftlichen Vorteile durch Realisierung von Synergieeffekten hervorhebt und andererseits die Notwendigkeit der Errichtung eines funktionsfähigen Logistikzentrums für Krisensituationen im Kreisgebiet, werden die Ausschuss-Mitglieder von Herrn Sonntag über das Bauhofgelände und durch die Fahrzeughalle und das Sozialgebäude geführt.

Punkt 2: Verwaltungsstrukturreform - Umsetzungsbericht zur Integration des Aufgabenbereiches "Anlagenbezogener Immissionsschutz" in die Kreisverwaltung Borken

Herr Riedel, Leiter des Fachbereiches Bauen und Wohnen, informiert über die Kommunalisierung der Umweltverwaltung, in deren Zuge der Anlagenbezogene Immissionsschutz für den Kreis Borken vom Staatlichen Umweltamt (StUA) Herten zur Kreisverwaltung übergegangen sei.

Die Folien der Power-Point-Präsentation sind als Anlage zur Niederschrift beigelegt.

Herr Temminghoff begrüßt im Hinblick auf die landwirtschaftlichen Betriebe im Kreisgebiet, die als genehmigungspflichtige Anlagen unter das Bundesimmissionsschutzgesetz fallen, dass das Genehmigungsverfahren nun in einer Hand sei und die Landwirte nicht mehr zum Kreis und zum StUA Herten fahren müssten.

Herr Osterhues zeigt sich erstaunt über die geringe Personalmenge (14 MA), die der Kreis Borken bekommen habe, obschon der Kreis mit Abstand die meisten Anlagen in Nordrhein-Westfalen habe. Herr Riedel entgegnet, das StUA Herten habe vor der Umstrukturierung eine gute Kostenrechnung betrieben und so den Personalbedarf recht gut einschätzen können. Das Land habe sich an die Vorschläge gehalten, der Kreis Borken halte jedoch die Kosten nach. Der Fachbereich Bauen und Wohnen habe es erfreulicherweise geschafft, weitestgehend Mitarbeiter/innen zu bekommen, die sich freiwillig für einen Wechsel zur Kreisverwaltung entschieden hätten; diese brächten die entsprechende Motivation und das Know-how mit, das die Schwerpunkte der übertragenen Aufgaben abdecke.

**Punkt 3: Einführung einer Verfahrenslösung zur automatisierten Führung des Amtlichen Liegenschaftskataster-Informationssystems (ALKIS)
Vorlage: 0057/2009**

Berichterstatter: Karl-Peter Theis

Herr Theis, Leiter des Fachbereiches Vermessung und Kataster, fasst die Erläuterungen in der Sitzungsvorlage zusammen und ergänzt, dass die im Liegenschaftskataster gespeicherten Informationen über Grundstücke und Gebäude seit Beginn der 80iger Jahre von der analogen in eine digitale Form der Führung umgestellt worden seien.

Zunächst sei das Buchwerk, der beschreibende Teil des Liegenschaftskatasters (Eigentümer, Lage, Nutzung, Größe,..), digital aufbereitet und zum heutigen „Automatisierten Liegenschaftsbuch -ALB“ zusammengefasst worden. Mit der Einrichtung der erforderlichen Arbeitsplätze im Jahr 1988 habe die Verwaltung begonnen, den darstellenden Teil des Liegenschaftskatasters digital zu erfassen und in die „Automatisierte Liegenschaftskarte – ALK“ zu überführen. Ab 1994 seien die Umstellungsarbeiten, u.a. auf Wunsch der Städte und Gemeinden im Kreis, intensiviert worden. Ein Teil der Erfassungsarbeiten sei im Wege der Auftragsvergabe von Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren aus dem Kreis erledigt worden; der Abschluss der Arbeiten sei im vergangenen Jahr erfolgt.

Für dieses Mammutprojekt hätten 3500 Kartenblätter mit 226.000 Flurstücken und 240.000 Gebäuden, die komplexen Angaben zur Bodennutzung, Bodenschätzung und der Gebäudeadressen sowie die Koordinaten von 1,6 Millionen Vermessungspunkten digitalisiert und zu Objekten zusammengefasst werden müssen. Durch die ständige Aktualisierung biete das Liegenschaftskataster einen aktuellen, flächendeckenden Nachweis grundstücksbezogener Daten und sei damit ein entscheidendes Basiskartenwerk für die Visualisierung, Analyse und Präsentation raumbezogener Fachdaten aus Verwaltung, Wirtschaft und Recht.

Dieses stehe aber nicht nur Fachleuten für ihre Entscheidungsfindung und Aufgabenerledigung, sondern auch dem Bürger zur Verfügung. Auf der Internetseite des Kreises Borken - www.kreis-borken.de - könnten diese Daten eingesehen werden. Die rein private Nutzung sei dabei sogar kostenlos, was vielfach Wege und Kosten für das Aufsuchen der Kreisverwaltung erspare.

Der Kreis Borken habe sich mit den Kreisen Warendorf, Gütersloh, Paderborn und Steinfurt an der Erstellung eines Pflichtenheftes für die Beschaffung einer ALKIS-Verfahrenslösung beteiligt. Auf der Basis der dabei gewonnenen, umfangreichen Erfahrungen sprächen viele Gründe für eine Fortsetzung der intensiven interkommunalen Zusammenarbeit mit den o.g. Kreisen auch beim künftigen Einsatz einer einheitlichen ALKIS-Lösung. Insbesondere mit dem Kreis Steinfurt solle die seit Jahrzehnten erfolgreiche Zusammenarbeit im Bereich der technischen DV fortgesetzt werden. Sie werde derzeit auf Basis des 1996 geschlossenen öffentlich-rechtlichen Vertrages zur Regelung der Zusammenarbeit bei der automatisierten Datenverarbeitung betrieben.

Der Fachbereich Vermessung und Kataster habe daher kein eigenes fach- und dv-technisches Knowhow für die Betreuung der im Katasterbereich eingesetzten Programme aufgebaut. Er bediene sich insoweit der Mitarbeiter des Kreises Steinfurt. Es sei daher unabdingbar, dass künftig in beiden Kreisverwaltungen identische ALKIS-Verfahrenslösungen eingesetzt würden.

Aufgrund der Vielzahl im Vermessungs- und Katasterwesen verwendeten Fachbegriffe regt Herr Grothues an, den Ausschuss-Mitgliedern eine Erläuterung als Anlage zur Niederschrift zu geben.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Verkehr und Bauwesen nimmt die Ausführungen der Verwaltung über die Einführung einer Verfahrenslösung zur automatisierten Führung des Amtlichen Liegenschaftskataster-Informationssystems (ALKIS) zur Kenntnis.

**Punkt 4: Direktvergabe von Personenverkehrsdiensten an die Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM)
Vorlage: 0027/2009**

Berichterstatte:r: Dr. Hermann Paßlick

Herr Dr. Paßlick erklärt anhand einer Power-Point-Präsentation (als Anlage beigefügt) die Voraussetzungen und das Verfahren zur Direktvergabe der Verkehrsleistungen an die RVM.

Im Anschluss an den Vortrag erläutert Frau Lindenhahn den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion. Nach ihrem Befinden seien die politischen Gremien in der Vergangenheit nicht immer zeitnah über die künftige Ausrichtung der RVM unterrichtet worden. Auf die in der letzten Sitzung der interfraktionellen Arbeitsgruppe ÖPNV vorgestellten und von der Verwaltung erarbeiteten Ergebnisse könne die Politik kaum noch gestalterisch reagieren. Es müsse münsterlandweit ein politisches Gremium installiert werden, das insbesondere an der Entscheidung über die zweckmäßigste Alternative zur Erbringung der Eigenproduktionsquote zu beteiligen sei. Sie schlage daher die Wiedereinrichtung der RVM-Strukturkommission vor. Herr Dr. Paßlick betont, in den jeweiligen politischen Gremien immer aktuell über die Entwicklungen informiert zu haben. Eine abschließende Entscheidung über den praktikabelsten Weg zur Erreichung der Eigenproduktionsquote sei keineswegs gefallen. Auch in den anderen Münsterlandkreisen seien noch Detailfragen offen und würden mit externer juristischer Unterstützung beraten. Einvernehmen bestehe allerdings in allen Kreisen über die Notwendigkeit der Direktvergabe an die RVM. Daher habe man die zwischen den Kreisen abgestimmte Vorlage jetzt so vorgelegt. Da die Direktvergabe zum 01.11.2011 erfolgen solle und der Grundsatzbeschluss mindestens ein Jahr vorher im europäischen Amtsblatt veröffentlicht werden müsse, sei es erforderlich, den Beschluss jetzt zu fassen.

Frau Lindenhahn erkundigt sich nach dem Volumen der RVM-Verkehrsleistungen, die im europäischen Amtsblatt veröffentlicht werden sollten. Herr Dr. Paßlick erläutert, Grundlage sei der bisherige Konzessionsbestand der RVM. Mit möglichen geringen Abweichungen werde dieser Leistungsumfang veröffentlicht.

Vorsitzender Horstick fasst zusammen und teilt mit, dass im Kreis Coesfeld der Direktvergabebeschluss bereits getroffen worden sei und sich in den anderen Münsterlandkreisen die Fachausschüsse für eine solche Inhouse-Vergabe ausgesprochen hätten. Über die Notwendigkeit der Direktvergabe bestehe offensichtlich auch im Kreis Borken parteiübergreifend Konsens, wichtig sei daher, heute entsprechend der Vorlage zu beschließen. Gleichwohl könne er die Argumentation von Frau Lindenhahn nachvollziehen und wolle sich der Einsetzung eines politischen Gremiums z. B. in Form der bisherigen RVM-Strukturkommission nicht verschließen. Sinn mache dieses allerdings nur, wenn auch in den anderen Kreisen eine solche Notwendigkeit gesehen werde. Um dieses zu eruieren, werde er sich kurzfristig mit politischen Vertretern aus den übrigen Kreisen in Verbindung setzen. Er appelliert an die Mitglieder der übrigen Fraktionen, ebenso zu verfahren. Über die Erkenntnisse könne dann in der nächsten Sitzung des Kreisausschusses beraten werden.

Herr Dr. Paßlick erinnert daran, dass die Strukturkommission seinerzeit im Hinblick auf eine mögliche Privatisierung der RVM gebildet worden sei. Sie sei förmlich nie aufgelöst worden und könne daher, falls die anderen Kreise dieses auch befürworteten, bei Bedarf wieder einberufen werden.

Auf Nachfrage von Herrn Eisele teilt Herr Dr. Paßlick mit, dass die Strukturkommission seinerzeit mit drei Personen aus jedem Kreis besetzt worden sei, davon jeweils zwei Vertreter/innen aus der Politik und ein/e Vertreter/in aus der Verwaltung. Herr Eisele bemerkt, dass eine breite politische Beteiligung damit nicht gegeben sei und befürchtet, dass die kleinen Fraktionen in einer solchen Kommission gar nicht vertreten wären. Die Bildung eines weiteren Gremiums dürfe nicht dazu führen, dass die Beratungen in der interfraktionellen Arbeitsgruppe ÖPNV darunter litten.

Frau Lindenhahn erkundigt sich nach der gegenwärtigen Zusammensetzung des Aufsichtsrates der RVM und einer möglichen Veränderung nach Übernahme der Geschäftsanteile der Städte und Gemeinden an der RVM durch die Kreise. Herr Dr. Paßlick informiert, Mitglieder seien zurzeit die Dezernenten der Kreise, Bürgermeister einiger Kommunen sowie Mitarbeitervertreter. Durch die Abgabe der Gesellschafteranteile sollten den Kommunen hinsichtlich ihrer Einflussnahme aber keine Nachteile entstehen. Es gebe bereits jetzt einen kommunalen Beirat, der bislang häufig in gemeinsamer Sitzung mit dem Aufsichtsrat tage. Denkbar sei, einen solchen Beirat mit Vertretern der Kommunen, die bislang RVM-Anteile hielten, künftig parallel zum Aufsichtsrat tagen zu lassen.

Vorsitzender Horstick stellt Einvernehmen fest, einzeln über die beiden Punkte der Vorlage abstimmen zu lassen und den Antrag der SPD-Fraktion bis zur nächsten Kreisausschusssitzung zurückzustellen.

Beschluss: zu 1. einstimmig

zu 2. 11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
4 Enthaltungen

1. Der Kreis Borken wird zusammen mit den anderen Münsterlandkreisen als Gruppe von Behörden die derzeitigen ÖPNV-Leistungen der Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM) ab dem 01.01.2011 an die RVM als sogenannten internen Betreiber nach den Vorgaben der EU-Verordnung 1370/2007 direkt vergeben.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Vorlage dargestellten Voraussetzungen und die Gesellschafts- und Vertragsstrukturen für die Direktvergabe zu schaffen.

**Punkt 4.1: Direktvergabe von Personenverkehrsdiensten an die Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM).
Vorlage: 0073/2009**

Ausführungen siehe unter Punkt 4. Der Antrag wird einvernehmlich zurückgestellt.

Punkt 5: Sachstandsbericht zum Konjunkturprogramm II
Vorlage: 0065/2009

Berichterstatter:

Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Auf Wunsch von Frau Lindenhahn wird der Tagesordnungspunkt 6 (Konjunkturprogramm) vor den Tagesordnungspunkt 5 (Sanierung der Brüder-Grimm-Schule) behandelt.

Herr Grothues erklärt einleitend, dass das vom Bund aufgelegte Konjunkturprogramm zu begrüßen sei. Das Land Nordrhein-Westfalen reiche rund 94% der Fördermittel an die Kommunen und Kreise weiter, es gebe aber noch kein Regelwerk, um die Finanzmittel zielgerichtet einzusetzen. Insgesamt erhielten die Kommunen im Kreis Borken 40 Mio. Euro, der Kreis selbst werde knapp 10 Mio. Euro bekommen. Sehr positiv hervorzuheben sei der Umstand, dass im Gegensatz zu den meisten anderen Bundesländern das Land NRW eine Pauschalförderung praktiziere und auf projektbezogene Einzelanträge verzichte.

Herr Osterhues möchte wissen, ob die Förderungswünsche der Freien Träger vom Kreis berücksichtigt werden müssten. Dazu führt Herr Sonntag aus, dass die Freien Träger, z.B. die Bischof-Ketteler-Schule in Bocholt, Haus Hall in Gescher und die Johannes-Schule in Gronau, auch Aufgaben erfüllten, die Sache des Kreises wären; daher bestehe ein gewisses Interesse, auch die Freien Träger einzubeziehen.

Auf Nachfrage von Frau Lindenhahn erläutert Herr Sonntag, dass im Investitionsschwerpunkt Bildung Maßnahmen an Schulen nur dann über Bundesmittel gefördert werden könnten, wenn mit ihnen zumindestens auch eine energetische Sanierung verbunden sei. Dies ergebe sich aus den grundsätzlichen gesetzgeberischen Zuständigkeiten des Bundes, die im Bereich der Bildung nur auf energetische Sanierungen begrenzt seien (Art. 104 b Grundgesetz). Dies mache beispielsweise nach derzeit herrschender Auffassung die Förderung von reinen Erweiterungsbauten einschließlich des Baus von Mensen aus dem Konjunkturpaket II problematisch.

Auf ergänzende Nachfrage von Frau Lindenhahn fügt Herr Sonntag an, dass energetische Sanierungen grundsätzlich den Anforderungen der Energieeinsparverordnung (EnEV) unterlägen. Dieser Standard sei bei einer Reihe von Einzelmaßnahmen wohl nur schwer zu erreichen, zumal der Bund angekündigt habe, noch im laufenden Jahr eine neue Verordnung vorzulegen, die nochmals um 30% verbesserte Energiewerte vorgebe.

Beschluss: einstimmig

Der Kreistag nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Umsetzung des Konjunkturprogramms II zur Kenntnis. Zur Durchführung der ersten Maßnahmen werden 2.400.000 € überplanmäßig bereitgestellt.

Punkt 6: Energetische Sanierung des Gebäudealtbestandes der Brüder-Grimm-Schule in Gescher
Vorlage: 0064/2009

Berichtersteller: Peter Sonntag

Herr Sonntag informiert den Ausschuss über den aktuellen Planungsstand der energetischen Sanierung des Altbestandes der Brüder-Grimm-Schule.

Die Power-Point-Folien sind als Anlage zur Niederschrift beigelegt.

Herr Kramer gibt zu Bedenken, dass bei der Entscheidung zur Einrichtung der Offenen Ganztagschule der Umbau des Hausmeisterhauses wegen der schlechten Energiewerte im Vergleich zu einem Erweiterungsbau abgelehnt worden sei. Es stelle sich daher die Frage, weshalb die Verwaltung jetzt die Sanierung des Hausmeisterhauses im Betracht ziehe. Hierzu erläutert Herr Sonntag, dass das Hausmeisterhaus für einen offenen Ganztagsbetrieb zusätzlich vollständig entkernt hätte werden müssen. Dies wäre in der Summe teurer gewesen als ein Neubau. Zu berücksichtigen sei auch, dass nunmehr der Bund die Gelder für die energetische Sanierung bereitstelle und insoweit keine Kreismittel eingebracht werden müssten.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Verkehr und Bauwesen nimmt den Bericht zur energetischen Sanierung der Brüder-Grimm-Schule in Gescher zur Kenntnis.

Punkt 7: Sachstandsbericht zur Umsetzung der Errichtung von Photovoltaikanlagen auf kreiseigenen Gebäuden

Berichtersteller: Peter Sonntag

Herr Sonntag stellt dar, dass mit dem Kreistagsbeschluss vom 29.01.2009 zur Schaffung eines Bürgerfonds, um geplante Photovoltaikanlagen auf kreiseigenen Dächern zu finanzieren, die Verwaltung vor eine ungewöhnliche Aufgabe gestellt worden sei. Es sei sicherlich nicht zielführend, beispielsweise über die örtlichen Medien einen allgemeinen Finanzierungsauftrag zu veröffentlichen. Vor diesem Hintergrund habe sich die Verwaltung mit der Bitte um Unterstützung an die insoweit markterfahrene Sparkasse Westmünsterland gewandt. Diese habe das Projekt positiv aufgenommen und insbesondere die Wirtschaftlichkeitsabschätzung der Kreisverwaltung bestätigt. Sie habe aber auch deutlich gemacht, dass es sich um ein Projekt handle, in das viele Beteiligte eingebunden werden müssten. Anhand des als Anlage zur Niederschrift beigelegten Schaubildes erläutere Herr Sonntag die einzelnen Teilnehmer. Die Gespräche mit diesen Teilnehmern würden derzeit geführt; dies brauche jedoch entsprechende Zeit, sodass ein vollständiges Konzept momentan noch nicht vorgestellt werden könne. Ein solches Konzept solle zur nächsten Ausschuss-Sitzung am 10.06.2009 vorgelegt werden.

Punkt 8: Mitteilungen der Verwaltung

Herr Sonntag weist vorsorglich darauf hin, dass wegen des Terminablaufs bei der Auftragsvergabe für die Deckensanierung und den Neubau eines Radweges in der Ortslage Ahaus-Wessum (K 17) ein Dringlichkeitsbeschluss gefasst werden müsse. Ein entsprechender Hinweis hierzu werde auch in der Kreis Ausschuss-Sitzung am 26.03.2009 gegeben.

Punkt 9: Anfragen

**Punkt 9.1: Kfz-Wunschkennzeichen
Anfrage der FDP-Fraktion vom 10.03.2009
Vorlage: 0067/2009**

Herr Busen muss die Sitzung vorzeitig verlassen, so dass die Anfrage nicht mehr behandelt werden kann. Es wird vereinbart, der Niederschrift eine Antwort der Verwaltung beizufügen.

Vorsitzender Horstick schließt die Sitzung um 20:08 Uhr.

Horstick
Vorsitzender

Sobek
Schriftführer